

Anhörung im Innenausschuss

Brandenburgs Juristen bleiben gegenüber der Polizeireform skeptisch

Potsdam - Brandenburgs Juristen befürchten durch die Strukturreform der Polizei eine Verschlechterung bei Ermittlungen. Die Einsparungsmaßnahmen würden mit großer Skepsis begleitet, betonte der Bund Brandenburger Staatsanwälte heute anlässlich der öffentlichen Anhörung im Innenausschuss zu einer Volksinitiative zu der Reform. Der Wegfall von Polizeibeamten führt nach Überzeugung der Staatsanwälte zu einer verzögerten oder aber schlechteren Bearbeitung der Verfahren. Insbesondere bei der Kriminalpolizei befürchtet die Organisation große Einschnitte.

Ihr Vorstandsvorsitzender Ralf Roggenbuck appellierte an Innenminister Dietmar Woidke (SPD), den Personalabbau anhand des Bedarfs zu berechnen. Der Minister dürfe nicht starr an dem Ziel von 7.000 Beamten festhalten. Die Expertenkommission habe diese Anzahl zwar im Jahr 2010 als Vorgabe genannt bekommen und auf dieser Grundlage ihren Entwurf für die Reform gestaltet. Inzwischen hätten sich aber die Voraussetzungen geändert, so Roggenbuck. So gehe Woidke inzwischen - zumindest bis 2014 - weiterhin von vier Hundertschaften aus. Mit Blick auf weitere Angaben des Ministers seien auf Grundlage der Empfehlungen der Kommission inzwischen mindestens 7.200 Beamte erforderlich, so Roggenbuck.

Seine Organisation unterstützt eine Volksinitiative, die unter dem Motto steht „Für den Erhalt einer leistungs- und handlungsfähigen sowie wahrnehmbar präsenten Polizei in allen Regionen des Landes Brandenburg“. Dafür wurden rund 97.000 Unterschriften gesammelt. Die Initiatoren befürchten durch die Pläne Abstriche an der Inneren Sicherheit. Sie wollen, dass sich der brandenburgische Landtag detaillierter mit der Reform auseinandersetzt, als dies vom Innenministerium geplant ist.

Minister Woidke plant unter anderem bis zum Jahr 2020 der Abbau von 1.900 auf 7.000 Stellen. Die Anhörung wurde vor dem Landtag begleitet von einer lautstarken Aktion der Polizeigewerkschaft. Zahlreiche Beamte protestierten gegen den geplanten Stellenabbau und die Kennzeichnungspflicht von Polizisten. dpa